

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 6500 M., durch die Post laut Zeitungspreiskliste. Falls wir in der Herausgabe od. Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezüge keine Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: A. Schmal, Bremen.

51. Jahrgang.

Sehr groß ist diese Hoffnung noch nicht. Selbst in England liegen die Dinge nicht so, daß wir von dort her eine große Wirkung im Sinne einer vernünftigen Regelung erwarten könnten. Geiß drängt das neue englische Kabinett, im hiesigen Gegenstand Bonar Law, auf eine alsbaldige Regelung der sogenannten Reparationsfrage. Aber damit ist kein Interesse auch erköpft. Und in den übrigen Fragen, wie Ruhrsatzung und politische Sicherheiten, werden uns Zimmungen gestellt, die einfach unerfüllbar sind. Man scheint es in England für selbstverständlich zu halten, daß wir uns sowohl mit einer langjährigen Ruhrsatzung wie auch mit einer Fortsetzung der Rheinlande abfinden werden. Davon aber kann natürlich nicht die Rede sein. Deshalb wird man gut tun, beim Abgang des deutschen Memorandums sich Nachenschaft davon abzulegen, daß sich auch außenpolitisch noch große Schwierigkeiten vor uns aufstürmen. Solange das aber der Fall ist, können wir auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten nicht gesunden. Nur wenn man das auf der Gegenseite einseht und nur wenn man endlich bestrebt ist, die Kaisertruppe Mitteleuropas zu vermeiden — nur dann ist Aussicht vorhanden, daß wir mit Hilfe des deutschen Memorandums weiterkommen.

Das Brüsseler Programm.

(TU) Ueber das Programm der in Brüssel stattfindenden französisch-belgischen Konferenz berichtet: Nach der Ankunft Poincarés in der belgischen Hauptstadt werden sich die französischen Minister mit den belgischen Staatsmännern zu einer Vorbesprechung treffen, um in einem Gedankenaustausch über das Ende Mai nach Paris gesandte belgische Memorandum einzutreten. Dem „Matin“ zufolge will die Belgien, daß die Ausbeutung des Ruhrgebiets endgültig in die Wege geleitet werde. In Belgien nimmt man an, daß London und Rom der französisch-belgischen Auffassung beitreten werden. Die Konferenz werde vom belgischen Gesichtspunkt aus folgende Resultate haben:

1. Sie werde den Beschluß Frankreichs und Belgiens bestätigen, wonach mit Deutschland erst nach Einstellung des passiven Widerstandes die Verhandlungen aufgenommen werden sollen.
 2. Die Ruhrpfländer werden erst dann aus der Hand gegeben, wenn sich die Bewilligung, Zahlungen zu erlangen, ergeben hat.
 3. Für ein definitives Ultimatum an Deutschland die Unterstützung von England und Italien zu gewinnen.
- Der „Matin“ betont, daß alle anderen Pläne, namentlich solche, in denen der Betrag der französisch-belgischen Reparation beziffert wird oder in denen auf die Zahlungsmöglichkeit seitens Deutschlands Bezug genommen wird, zum mindesten verfrüht seien. — In Begleitung Poincarés befinden sich die Minister Delaunay und De Troquer.

Poincaré erwartet die deutsche Note in Brüssel.

(TU) „Paris“ teilt mit, daß es nicht unmöglich ist, daß Poincaré seinen Aufenthalt in Brüssel verlängern wird, um die deutsche Note dort zu erwarten. Er will in Brüssel warten, weil er der Ansicht ist, daß die Note bereits heute abend übergeben werden wird, um sofort mit seinen belgischen Kollegen hierüber zu einer Verständigung gelangen zu können. Nach dieser Verständigung wird dann der Text der Antwort bereitgestellt.

Eine Henderung Frankreichs in der Ruhrbesetzung?

(W) Wie der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, ist Frankreich anscheinend bereit, den Charakter der Ruhrbesetzung unter der Voraussetzung einsehend zu ändern, daß Großbritannien und Italien ihren Platz an der Seite einnehmen, und daß die deutschen Anstrengungen, zu zahlen, aufrichtig sind. Die Stimmung in Frankreich sei so stark wie je, daß, wenn sich Großbritannien nur der Überwachung der deutschen Vermögenswerte anschließt, keine Notwendigkeit zur Anwendung der Gewalt bestehe.

Gegen die internationale Gendarmeriebewachung der Rheinlande.

(W) Die Presse beschäftigt sich mit dem Plan des englischen Generals Spears, das Rheinland zu entmilitarisieren und einer internationalen Gendarmerie zu unterstellen, den sie auf das schärfste zurückweist. So schreibt die „Köln. Ztg.“: „Es widerspricht unserem nationalen Stolz, einen derartigen Plan auch nur für einen Augenblick zu erwägen. Es darf nie geduldet werden, daß das Rheinland einer internationalen Gendarmerie unterstellt wird, denn wir wissen, daß diese in ihrer Eigenschaft nicht unparteiisch bleibt; sie wird eine Wirkung in der Hand der Macht werden, die das schärfste Interesse am Rheinland hat und den härtesten Willen, sie für sich zu gewinnen, mit anderen Worten, sie wird ein Werkzeug der französischen Machtpolitik werden. Die sozialistische Rheinische Zeitung schreibt: Kein Volk kann ohne nationale Würde leben. Dieses lebendige Wort sprach der französische Sozialist Baon Blum auf dem Hamburger Kongress. Es wäre für das rheinische Volk verwerflich, wenn es sich durch die großen Freiheitsideen der Franzosen beschwichtigen und einfließen ließ. Die rheinische Arbeiterschaft weist mit aller Entschiedenheit den Plan General Spears zurück.“

Die Lage im Ruhrgebiet.

Das Dortmund-Telegraphenamt am Hiltpoltswall wurde Mittwoch vormittag von französischen Truppen besetzt. Der Telefon- und Telegraphenverkehr ruht seit 10 Uhr vollständig. Vor den Eingängen des Gebäudes befinden sich Posten.

Die Besetzung der Eisenbahnstrecke Herne — Gelsenkirchen — Altenessen ist wieder aufgehoben worden. Die Franzosen haben die Beamten und Arbeiter, nachdem sie sich gewelget hatten, in französische Dienste zu treten, von ihren Dienststellen vertrieben, mit dem Bemerkung, daß die Strecke militärisiert werde und sie daher auf ihren bisherigen Dienststellen nichts mehr zu suchen hätten. Eine große Menge rollenden Eisenbahns und Baumaterials ist den Franzosen in die Hände gefallen. Die Werte aus den Kassen der Stationen und Güterabfertigungsstellen ist nicht bedeutend. Die militärischen Begleittruppen zogen sich von den Bahnhöfen zurück und ließen nur einige französische Abweilensbahner und eine starke Wache zur Bewachung der Übergänge und Brücken zurück.

Der Truppenkommandant in Bittenhorst teilte dem Amtmann mit, daß die französischen Truppen eine Schließung auf dem Schloßstand von Schulte-Kump machen werden, die Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag in jeder Woche stattfinden soll und ersucht, die Einwohner der Gemeinde davon in Kenntnis zu setzen.

Der Belagerungszustand in Krefeld ist bis zum 14. Juni verlängert worden.

Verboden ist ab 8 Uhr abends der Fuhrwerksverkehr und in den Vororten jeder Verkehr. In Gilling wurde der Betriebsassistent Schen mit Familie ausgewiesen.

In Simmern ist die Eisenbahnwerkstätte des Bahnhofes von den Franzosen besetzt worden. Der Betrieb der Hunsrückbahn konnte bisher mittels Holzfeuerung aufrecht erhalten werden, mußte aber nunmehr auch eingestellt werden. Die Franzosen nahmen zahlreiche Verhaftungen vor und wiesen 20 Eisenbahnerfamilien aus.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Troisdorf meldet, ist Direktor Garle von der Rhein-Westfäl. Sprengstoff-Fabrik Troisdorf, von den Franzosen als Geiselle festgenommen und ins Militärgefängnis nach Bonn gebracht worden.

Schwere Kriegsgerichtsurteile in Mainz.

(TU) Vor dem Mainzer Kriegsgericht wurde gegen vier Eisenbahnbeamte wegen Spionage verhandelt. Sie hatten Namen der deutschen Reisenden, die mit französischen Zügen fahren, festgehalten, um sie zu anderweitigen Zwecken zu verwenden. Von den Angeklagten wurden zwei zu 5 Jahren Gefängnis und einer zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der vierte Angeklagte wurde in Abwesenheit zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

In Landau sind im Zusammenhang mit Sabotageakten 15 angefaßene Bürger, allem Anschein nach als Geiseln festgenommen worden.

Die „deutschen Lumpen“ bei der Regie.

(W) Auf Befehl der Besatzungsbehörde wurden in Arefeld das auf baugewerbliche Gelände führende Tor an der Kronprinzentrasse zugemauert. Der mit dieser Arbeit beauftragte Belgier erklärte, daß die Besatzungsbehörde sich zu dieser Maßnahme gezwungen sehe, weil sonst die bei ihr beschlagnahmten deutschen Lumpen jeden Tag Material aus der Betriebswerkstätte stähle. In den meisten Fällen handele es sich um Kupferbleche, Werkzeuge und dergleichen. Aber auch ganze Stücke von den aus den Lokomotiven eingebauten Feuerbüchsen wären in der letzten Zeit herausgeschliffen und mitgenommen worden.

Zunahme des französischen Kohlenmangels.

Das Fachblatt der französischen Metallurgie „L'usine“ schreibt in seiner letzten Nummer, die französische Industrie sei von den Biffen „überflutet“ gewesen, die man in der Kammer bezüglich der Kohlenzufuhr gemacht habe. Es sei in der Kammer behauptet worden, daß die Krise beinahe beendet oder wenigstens stark vermindert sei und daß infolgedessen die französischen Hochöfen wieder normal arbeiten könnten. Das sei unrichtig, man müsse sogar sagen, daß die Lage im Mai sich gegenüber April noch verschlechtert habe. Auch sei infolgedessen unrichtig zu behaupten, daß die Lage sich fortwährend verbessere.

Verschiedene Meldungen.

Die Besatzungsbehörde beschlagnahmte in Buer den gesamten Kassenbestand der Stadtkasse in Höhe von 44 Millionen Mark, die zur Zahlung an die Erwerbslosen bestimmt waren. Da es sich dabei um die Verteilung der Geldstrafe wegen der Brückenprengung handelt, wurde nicht abgegeben.

Das lettlandische Kabinett hat beschlossen, das Gesuch des deutschen Gesandten um die Erlaubnis zur Einreise von etwa 300 Kindern aus dem Ruhrgebiet nach Lettland abzulehnen.

Die Franzosen haben den Betrieb des Lokomotiv-Instandsetzungs-Werks Darmstadt einer Privatgesellschaft übertragen. Die von dieser Gesellschaft betriebene Anwerbung deutscher Arbeiter, bei der die alten Bebediensten bevorzugt werden, war erfolglos. Es fanden sich nur einige Erwerbslose ein, von denen lediglich ein Schloffer eingestellt werden konnte. Die Arbeitsbedingungen sind zehnstündige Arbeitszeit und 2400 Mark Stundenlohn neben einer besonderen Lohnzulage.

Reichstag.

Der Reichstag nahm am Mittwoch in erster Sitzung dem Gesetzentwurf über die Neuordnung der Strafgerichtsbarkeit. Diese kleine Justizreform wird hauptsächlich eine größere Beteiligung des Laienrechts herbeiführen, eine Reorganisation der Schwurgerichte vornehmen, Richterkräfte ersparen und die Befugnis gegen erstinstanzliche Urteile allgemein zulassen. Der Reichsjustizminister Dr. Heineke legte sich lebhaft für die Vorlage ein, die von seinem Vorgänger Dr. Radbruch in die Wege geleitet worden ist. Der Minister hat um schleunige Verabschiedung des Gesetzes, durch das das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege erhöht werden würde. Er wies darauf hin, daß mit dem Inkrafttreten dieser Vorlage auch die bisherigen Volksgerichte verschwinden würden. Damit werde der für die deutsche Justiz nicht erfreuliche Zustand beseitigt, daß über die wichtigsten Rechtsfragen nicht die gleiche Gerichtsorganisation in Deutschland urteile. Die Redner der Parteien stellten sich im allgemeinen freundlich zu den Vorschlägen des Reichsjustizministeriums, so die Abgeordneten Döring (D. B. V.), Dr. Bell (Centr.), Schäfer (Dem.) und Emming (Bahr. Wpt.). Größere Bedenken brachte der Abgeordnete Warmuth (Deutschf.) zum Ausdruck, der vor allem eine ganz gründliche Durchprüfung für notwendig hält. Der frühere Justizminister Dr. Radbruch fuhr als sozialdemokratischer Abgeordneter Charles Gehrig gegen die Vorlage auf, die doch wesentlich von ihm beeinflusst worden ist. Er erklärte in ihr eine veraltete Systemlosigkeit und behielt sich Änderungsanträge für die Ausbesserung vor. Die Vorlage ging an den Rechtsausschuß. Das Haus beschloß sich dann mit zurückgestellten Anträgen und Entschärfungen zum Aufzuhause.

Der Rechtsausschuß schlug eine Entschärfung vor, wonach der Reichstag mit Genehmigung davon Kenntnis nahm, daß in dem schwebenden Verfahren gegen Eisenbahner aus Anlaß des Eisenbahnstreiks vom Jahre 1922 die zuständigen Landesregierungen in wesentlichem Umfang von dem Rechte der Begnadigung Gebrauch machten. Nach dem Ausbesserungsvorschlag soll der Reichstag besonders die Erwartung ausdrücken, daß wegen der vorbildlichen Haltung der Eisenbahner im besetzten Gebiet auch bei den Disziplinarverfahren künftighin Milde geübt werde. Weitergehende Anträge der Kommunisten auf Gewährung von Straffreiheit an Verurteilten aus Anlaß der mit der Eisenbahn Unruhen waren im Ausschuss abgelehnt worden, was die Antragsteller nicht hinderte, sie erneut im Plenum einzubringen. Der sozialdemokratische Abg. Rosenfeld hielt dabei dem Justizminister Dr. Heineke seine letzte Hamburger Rede vor, und behauptete, er sei ein verkappter Monarchist und Deutschnationaler. Dr. Heineke erwiderte, daß er in Hamburg als Parteimitglied zu Parteifreunden gesprochen habe und daß ein parlamentarisches System dem Minister selbstverständlich eine Parteistellung nicht abstreifen könnte. Er gebot zur Deutschen Volkspartei und stehe auf ihrem Programm, aber er lasse durchaus die allgemeinen Interessen gelten und habe die wichtige Vorlage seines Vorgängers übernommen. Im übrigen stellte er fest, daß gegenüber den Eisenbahnern durchaus milde verfahren wird, wie es die Regierung seinerzeit versprochen hat. Auf Bayern könne kein Druck ausgeübt werden, weil die Reichsregierung ausdrücklich zugesagt habe, daß sie in die bayerische Justizhoheit nicht eingreifen werde. Daran müsse sie auch festhalten. Die Ausbesserungsanträge wurden schließlich angenommen. Am Donnerstag steht die Erneuerungsinterpellation der Sozialdemokraten auf der Tagesordnung.

Im Preussischen Landtag

Am Mittwoch die Sitzung durch eine Ansprache des Präsidenten Reinert eröffnet, in der er in ersten Worten die Eröffnung eines siebenjährigen Schulkurses durch einen französischen Wachposten geistlich und sprach, während die Mitglieder des Hauses sich von den Plänen erhoben hatten, den Opfern der französisch-belgischen Reichspolitik die Teilnahme des deutschen Volkes und des preussischen Landtages aus. In ruhiger Folge wurde hierauf die Einzelbesprechung zum Haushalt der Forstverwaltung fortgesetzt. Die Beratung fand ihren Abschluß mit der Annahme einer großen Reihe von Anträgen, die der Hauptauschuß empfohlen hatte. Das Haus wandte sich dann der zweiten Beratung des Gesellschaftsanklages zu. Man unterhielt sich über die Wirtschaftlichkeit der Haupt- und Landgesamtheit, über die Frage der Erhöhung der Sprunggelder, über Beamtenwünsche, forderte die Aufhebung eines ständigen Arbeitspferdes und sprach über das finanzielle Ergebnis der Rennen aus der Zootoener. Der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf sagte das Bestreben der Verwaltung zu, die Einnahmen aus den Steuern zu steigern und bezeichnete eine Ermäßigung des Deegeldes als empfehlenswert. Das Zurückgehen des Pferdebestandes in Preußen sei nur gering. In Hannover sei der Bestand sogar höher, als vor dem Kriege. Im übrigen wurde noch die Frage behandelt, ob ein neues Gesetz nach Osnabrück kommen soll. Der Minister warnte davor, in Herrenhausen, das ungeeignet sei, ein Probiorium zu schaffen.

Erhöhung von Verbrauchssteuern.

Im Reichsfinanzministerium sind in den letzten Tagen eine Anzahl von Gesetzentwürfen fertiggestellt worden, die eine Erhöhung und Erhebung einer Reihe von bestehend in Verbrauchssteuern bezwecken. Aller Voraussicht nach werden diese Entwürfe dem Reichstag noch in der laufenden Session beschließen, da die Reichsregierung den dringenden Wunsch hat, sie spätestens am 1. September in Kraft treten zu lassen. Die neuen Entwürfe sind, wie von der zuständigen Stelle mitgeteilt wird, vor allem deshalb notwendig geworden, weil bei den meist halb notwendig geworden, infolge der fortschreitenden Geldentwertung die Steuerbelastung im Verhältnis zum Verkaufspreis der betreffenden Waren immer geringer geworden ist, und dadurch ein Mißverhältnis zwischen den Verwaltungskosten und den Einnahmen aus den betreffenden Steuern entstanden ist. Bei manchen Verbrauchssteuern gehen gegenwärtig die Verwaltungskosten weit über das Steueraufkommen hinaus.

Der in diesen Tagen dem Reichstag zugehende Entwurf eines Salzenergesetzes sieht einen Steuerfuß von 10 Mark für ein Kilogramm Reingewicht des Salzes vor (augenblicklich beträgt die Steuer immer noch, wie schon bei ihrer Einführung, 12 Pf. für ein Kilogramm). Der Entwurf sieht ferner die Befreiung sämtlicher Abgabebefreiungen vor. Schließung soll noch die bisherige Art der Steuerkontrolle, die in einer steuerlichen Abschätzung der Salzwerke und in einer steueramtlichen Abfertigung sämtlicher Salzsendungen bestand, durch eine einfache Buchkontrolle ersetzt werden. Durch den Fortfall des Befreiungsverfahrens und durch die Einführung der Buchkontrolle hofft man, die Ausgaben des Reiches für die Verwaltung der Salzsteuer auf ein Drittel der bisherigen Verwaltungskosten herabdrücken zu können. Die künftige jährliche Salzsteuererhebung wird auf mindestens 13 Milliarden Mark (bisher 100 Millionen) geschätzt. Der Entwurf soll am 1. September in Kraft treten.

Der gleichfalls dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Mineralwasser-Steuerergesetzes sieht eine Verdrängung der bestehenden Sätze vor. An dem bisherigen System

der Fabrikat- und Mengenbesteuerung ist in dem Entwurf festgehalten. Um die Steuer den Schwankungen des Geldwertes anzupassen, ist vorgeschlagen, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt sein soll, die Steuer zu erhöhen, wenn die Herstellungskosten seit dem letzten Inkrafttreten der Steuer um 50 Prozent gestiegen sind, oder die Steuer zu ermäßigen, wenn die Herstellungskosten auf den ursprünglichen Stand zurückgegangen sind. Die Steuerhöhen wird wie beim Biersteuergesetz an den Ausgang der Erzeugnisse aus dem Betrieb zurückverlegt. Nach Verhinderung der Steuer wird der Ertrag der Steuer, der im Jahre 1922 etwas über 67 Millionen betragen hat, künftig auf 35 Millionen Mark veranschlagt. Der Entwurf soll am 1. August in Kraft treten.

In dem Entwurf eines neuen Steuerergesetzes, der den Reichsfinanzminister in seiner nächsten Sitzung beschließen wird, ist die Reichsfinanzverwaltung dazu übergegangen, für die Besteuerung der Leuchtmittel (elektrische Glühlampen, Brennstifte und Glühlampen) eine Wertsteuer einzuführen, und zwar hat sie als zweckmäßigste Form die Besteuerung nach dem vom Hersteller in Rechnung gestellten Preise vorgeschlagen. Die Steuer soll 20 Prozent des Steuerwertes betragen. Der Entwurf bringt im übrigen eine wesentliche Vereinfachung in den steuerlichen Überwachungsmaßnahmen. Das Jahreseinkommen an Leuchtmittelsteuer wird in der dem Entwurf beigefügten Begründung auf nahezu 45 Millionen Mark veranschlagt, während es im Rechnungsjahre 1922 nur rund 70 Millionen Mark betragen hat. Der Entwurf soll am 1. September in Kraft treten.

In dieser Session des Reichstages werden weiterhin noch der Entwurf eines Zuckersteuergesetzes und der Entwurf eines Landwirtschaftssteuerergesetzes zur Verabschiedung gelangen.

Devisenumsätze und Markströmung.

(TU) Im Reichstagsauschuß zur Untersuchung der Gründe, die zum Zusammenbruch der Devisenmarktstellung geführt haben, beantragte am Mittwoch der Eintritt in die Tagesordnung Abg. Schmidt (Soz.), die Regierung solle einen Nachweis darüber vorlegen, welche Devisenumsätze an den verschiedenen Börsenplätzen in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Mai zu verzeichnen gewesen sind. Die Sachverständigen erklärten, daß ein solcher Nachweis eine außerordentliche Arbeitslast für die Beamten bedeute und trotzdem gar keine Schlüsse nach irgend einer Richtung ermöglichen. Bankier Voß schlug vor, eine Nachweisung über die Devisenumsätze zu veranlassen. Dieser Devisenumsatzstempel erfolge zwar auch in anderen Fällen, er lasse aber Schlüsse auf den Umsatz in Devisen zu. Abg. Schmidt (Soz.) zog daraufhin den Antrag vorläufig zurück, bis das Finanzministerium sich zu der Frage äußern kann. Darauf folgte der Ausschluß der abgebrachten Erörterungen über Goldkredite und Goldkonten der Reichsbank fort. Bei der weiteren Erörterung erklärte Reichsbankpräsident Havenstein, daß nur ausnahmsweise für das Auslandgebiet Finanzkredite gewährt wurden. Abg. Schmidt (Soz.) wies auf die großen Gefahren hin, die darin liegen, daß die Privatbanken Goldkonten anlegen, daß die Reichsbank Konten in wertbeständigen Anleihen angelegt werden könnten: Reichsbankpräsident Havenstein gab zu, daß der Weg der wertbeständigen Anleihe eine sehr zweckmäßige Entlastung des Devisenmarktes sei, aber Privatbanken und Reichsbank könnten diesen Weg nicht ohne weiteres beschreiten. Bankier Voß gab der Meinung Ausdruck, daß der bei weitem größte Teil der Notenausgabe und der fremden Geldes bei der Reichsbank nicht auf die Kredite eines Privaten zurückzuführen sei, sondern auf die vom Reich diskontierten Schatzwechsel. Geheimrat Kaufmann betonte, daß der Kreis der Diskontanten der Reichsbank beschränkt ist. Die Weiterberatung dieses Problems wurde auf Donnerstag vormittag verlagert.

Tagesereignisse.

— Neue Demonstrationen an denen sich mehr halbwüchsige Burschen beteiligten fanden wieder in Leipzig statt. Verhältnismäßig mußte die Polizei einwirken. Eine Menschmenge, die aus dem Volkshaus eine Gewerkschaftssekretär herausholen wollte, der den Einzug am Montag den Saal des Volkshauses nicht zur Verfügung stellen wollte, wurde, von der Polizei, die mit blanker Waffe vorging, auseinander getrieben. Wiederholt wurde in Automobile in den Straßen angehalten und die Insassen verprügelt.

— In Streiks kam es im oberösterreichischen Industriegebiet anlässlich der neuen Feuerungsindustrie, unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Die Streikenden versammelten in Bruck an der Mur einen Demonstrationstag und verlangten vom Oberbürgermeister die Auszahlung der Löhne unter Zugrundelegung der Goldwährung, sowie einmalige Ausgleichszahlung. Von den Gewerkschaften wird der ausgebrochene Streik nicht gebilligt und sie erkläre die organisierte Arbeiterschaft sich den wilden Streiks zu widersetzen.

— In Wien demonstrierten die Staatsbeamten und Gemeindegestellten in einem großen Zuge, der vor das Parlament zog und aus dem 3000 Personen teilnahmen. Die Beamten verlangten die Durchführung der von ihnen nach Österreich geforderten Erhöhungen der Löhne um 30 Prozent und wenden sich gegen die unter dem Druck des Generalkommissars von der Regierung beschlossenen Sparmaßnahmen bei der Beamtenbesoldung.

Kleine Nachrichten.

Auf einzelnen Berliner Plätzen der Reichspost sind wilde Teufelskinder der Arbeiter, speziell der Telegraphenarbeiter ausgebrochen, obgleich die abgeordneten Lohnverhandlungen die Genehmigung der zuständigen Organisationen gefunden haben.

Wie die Morgenblätter melden, hat der deutsche kommunistische Abgeordnete Höller gegen den französischen Minister des Innern Klage erhoben wegen Freiheitsberaubung.

Die Reichsrichtlinien für die Kleinrentnerfürsorge.

Von Direktorin Dr. May, M. d. N.

Für die Verwendung der vom Reich ausgetragenen Mittel für die Kleinrentnerfürsorge hatte das Reichsministerium bereits früher Richtlinien aufgestellt, die von den verschiedenen Seiten eine ziemlich scharfe Kritik erfahren haben. Die früheren Bestimmungen bedienten für die Rentner in zahlreichen Fällen eine Hinderung, überhaupt die Fürsorge in Anspruch zu nehmen, da die Fürsorge an Bedingungen geknüpft war, die, wie die Verpfändung des Vermögens und des Hausrats, manchem unannehmbar erschien, so daß er lieber mit dem künftigen Einkommen weiter humpelte, als daß er sich bei ganz geringen Unterhaltungen den vielfach auch noch in den Gemeinden demütigend gestellten Bedingungen unterzog.

Durch das im Februar d. J. in Kraft getretene Kleinrentnerfürsorgegesetz ist die ganze Fürsorge auf eine neue Grundlage gestellt worden. Auch die neuen Richtlinien, die jetzt vom Reichsministerium und Reichsausschuss des Reichstages verabschiedet worden sind, passen sich den tatsächlichen Verhältnissen an und bedeuten für die Kleinrentner wesentliche Fortschritte. Die Hauptbeschwerden der Rentner, die Verpfändung des Vermögens und des Hausrats, wird künftig in den weitaus meisten Fällen nicht mehr in Frage kommen. Das Vermögen wird bei Gewährung laufender Unterhaltungen überhaupt nur dann herangezogen, wenn es den jeweiligen Vermögensverhältnissen betragsmäßig übersteigt. Die in der Vermögenssteuer zugelassenen Ausnahmen bezüglich des Vermögens und des Hausrats sollen sowohl bei der Gewährung des Vermögens als auch bei einer etwaigen Inanspruchnahme des Nachlasses berücksichtigt werden. Der Rentner wird also nunmehr fast immer die Sicherheit haben, daß nach seinem Tode nähere oder entferntere Angehörige, und nicht die Öffentlichkeit, Besitzer alter Familiengüter und alter Familienherkünfte werden.

Die Frage der Bedürftigkeit, die die Grundlage für die Gewährung der Fürsorge bildet, soll nach den Richtlinien ohne Eingekerkelung entschieden werden. Die Grenzen sind durch das Gesetz sehr weit gezogen. Die frühere Altersgrenze ist berechnungsmaßen ganz gefallen, weil Hilflosigkeit und Gebrechlichkeit gerade in diesen verletzlichen Kreisen d. h. Mittelstandes nicht immer an bestimmte Jahre gebunden ist.

Die Einrichtungen der freien Wohlfahrtsfürsorge, die sich vielerorts in besonderem Maße auf der Rentnerfürsorge angenommen haben, sollen in weitgehendem Maße berücksichtigt werden. Neu ist, daß auch bewährte Selbsthilfsvereinigungen der Rentner, d. h. also die Kleinrentnerorganisationen (Ortsgruppen des Deutschen Rentnerbundes) an der Durchführung der Fürsorge beteiligt werden können. Dagegen wurde ein Antrag der Abgeordneten Dr. May, daß auch bei Festsetzung der Fürsorgemaßnahmen die Kleinrentnerorganisationen mitwirken sollen, leider wiederum abgelehnt.

Das Antragsverfahren wird für den Kleinrentner dadurch erleichtert, daß der Antrag entweder von ihm selbst, seinem gesetzlichen Vertreter oder im Behinderungsfalle von einem Bevollmächtigten gestellt werden kann. Dies bedeutet eine psychologische Rücksichtnahme auf die betagten Männer und Frauen, die oftmals in Bescheidenheit und aus Schamgefühl heraus den Weg zur Behörde mit allem Drum und Dran an Ermittlungen über persönliche Verhältnisse scheuen. Es wird insbesondere die Aufgabe der freien Wohlfahrtsfürsorge wie auch namentlich der Ortsgruppen des Rentnerbundes sein, den Mitgliedern bei dem Antragsverfahren zur Seite zu stehen. Der Regierungsentwurf für die Richtlinien sieht noch einen besonderen Absatz des Inhaltes vor, daß die Fürsorge auch in der Form die Bedürftigkeit nicht außer Acht lassen sollte, auf die Menschen Anspruch erheben können, die nach einem Leben voll Arbeit und Mühe ungeschuldet der öffentlichen Hilfe bedürfen. Dieser Satz ist im Ausschuss gefallen. Es wurde allerdings dabei von allen Seiten der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Fürsorge entsprechend gestaltet werden solle, nur wüßte man nicht, die Kleinrentner besonders herauszuheben, und hat diesen Satz durch eine Entschärfung, die für alle Hilfsbedürftigen dasselbe zum Ausdruck bringt, ersetzt.

Die Bestimmung des Kleinrentnergesetzes, daß die Fürsorge sich der Fürsorge für Sozialrentner anschließen soll, wird in den Richtlinien ausdrücklich dahin ausgelegt, daß die Angelegenheiten nicht einzeln sein und sich den Verhältnissen des Einzelalles anpassen und aus der Eigenart des Falles heraus die Mittel zur Abhilfe wählen soll. Naturgemäß werden die einzelnen oder laufenden Geldunterstützungen im Vordergrund stehen. An Leistungen, die daneben wertvoll bleiben, werden weniger genannt als in früheren Richtlinien. Neu ist die verbilligte Beschaffung ärztlicher Hilfe und Arzneien sowie Heilbehandlung, die in manchen großartigen Gemeinden bereits eingeführt hat. Ein Antrag May auf Sicherstellung der Verdienstmöglichkeiten wurde mit Rücksicht auf die unübersehbaren Weiterungen in Bezug auf andere Bevölkerungskreise abgelehnt, so daß diese quälende Sorge, die vielen betagten Menschen die letzten Lebensjahre verbittert, vorläufig auch für die Kleinrentner noch bleibt.

Zur evangelischen Kirchenverfassung Preußens.

Dem Evangelischen Landeskirchenauschuss Preußens sind als dem derzeit mit der Wahrnehmung der Rechte des Kirchenregiments betrauten höchsten Organen eine Anzahl Eingaben aus kirchlichen Kreisen im Anschluß an die bekannten Beschlüsse der preussischen verfassungsgebenden Kirchenversammlung zuge-

gangen. Teils fordern sie die Einberufung der Kirchenversammlung zu erneuter Beratung der Verfassung, teils eine maßgebende Auslegung des Bekenntnisvorspruchs, teils allgemeine Maßnahmen zur Sicherung des Friedens in der Landeskirche. Der Evangelische Landeskirchenauschuss nimmt nun in einer Antwort nach eingehender Prüfung zu den Wünschen oder Bedenken Stellung. Zunächst wird eine nochmalige Einberufung der Kirchenversammlung abgelehnt mit dem Hinweis, daß der außerordentlichen Kirchenversammlung durch Kirchen-gesetz die Befugnis verliehen ist, die Verfassung selbständig und abschließend festzustellen und zu erlassen. Eine Veranlassung zum Eingreifen würde nur dann bestanden haben, wenn die Kirchenversammlung die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen nicht innegehalten hätte. Dies wird abgelehnt. Vielmehr stellt der Ausschuss sich auf den Boden der neu geschaffenen Verfassung und erklärt sich gewillt, die ihm durch das Einführungsgesetz übertragene Aufgabe der Einführung und Durchführung der Verfassung so bald wie möglich mit allem Nachdruck zu übernehmen. Eine allgemeine verbindliche Auslegung des Bekenntnisvorspruchs erklärte der Ausschuss als außerhalb seiner Befugnis liegend, erinnert aber an die ausdrückliche Erklärung der Antragsteller in der Kirchenversammlung, wonach der Bekenntnisstand unverändert bestehen soll und eine lehrgefehlige Bindung nicht beabsichtigt ist. Den Schluß des Beschlusses nimmt eine dringende Mahnung zu innerkirchlichem Austrag der entstandenen Fragen und Kämpfe ohne Heranziehung staatlicher Einflüsse und unter Zurückdrängung aller vermeintlichen Schranken ein.

Eine amerikanische Riesen-Erbenschaft

ist einem internationalen Abenteuerer in den Schoß gefallen. Der glückliche Erbe ist ein gewisser Jettun, der sich den Titel Kapitän beilegt und jahrelang den Dolmetscher im Londoner Polizeipräsidium gespielt hat. Er verdankt diesen Posten seiner Beherrschung zahlreicher Weltsprachen, die er sich auf seinen Kreuz- und Querfahrten durch die Welt angeeignet hat. Im übrigen ist er ein Glasritter, der sich bis jetzt recht und schlecht durchgeschlagen hatte. Im vorigen Jahre machte er in einem Hotel in Rom zufällig die Bekanntschaft einer reichen Amerikanerin, der Tochter eines bekannten amerikanischen Millionärs namens Davis, der zu den führenden Bankleuten von Missouri gehörte und vor etwa acht Jahren gestorben ist. Die Amerikanerin war mit ihrem Mann zerfallen und befand sich allein auf der Reise. Sie erkrankte gefährlich, und Kapitän Jettun leistete ihr in dieser schwierigen Lage wertvolle Dienste. Er besorgte einen Arzt und Pflegepersonal und bemühte sich auch selbst um die Patientin. Zum Dank dafür stellte ihm die Amerikanerin als ihren Sekretär an und reiste mit ihm nach London, wo er dann zurückblieb, während sie selbst sich nach Amerika zurückbegab. Ein paar Monate später erhielt Jettun von einem Londoner Rechtsanwalt die Nachricht, daß die Amerikanerin gestorben sei und ihm ihr ganzes Vermögen hinterlassen habe. Der Anwalt hatte darüber zwei Testamente, von denen eins über den amerikanischen und eins über den englischen Besitz der Millionärstochter verfügte. Der Wert der Hinterlassenschaft betrug sich auf über 3 Millionen Pfund, das sind etwa 60 Millionen Goldmark. Bis jetzt ist der glückliche Erbe noch nicht in den Besitz des Vermögens gelangt, da der Mann der verstorbenen Amerikanerin die beiden Testamente anfechtet und als Erbschaft für sich beansprucht. Wahrscheinlich wird er aber das Nachsehen haben.

Aus alier Welt.

— (Was sind Bekenntnisschulen?) Der Bildungsausschuss des Reichstages nahm bei Beratung des Reichsschulgesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten den Paragraphen 3 Absatz 1 in folgender Fassung an: Bekenntnisschulen sind entweder evangelische, katholische oder jüdische Volksschulen und als solche zu bezeichnen. Volksschulen anderer Bekenntnisse sind zulässig, wenn zur gemeinschaftlichen Pflege des Bekenntnisses die Körperlichkeit des öffentlichen Rechts besteht oder errichtet wird.

— Der Kampf gegen die internationalen Verbrecher wird dadurch besonders erleichtert, daß diese meist sehr geringen Bußen für die Möglichkeit haben, ihr Quartier von einem Lande in das andere zu verlegen. Um ihnen dabei keinen Vorprung zu lassen, hat ein bekannter Londoner Kriminalist namens Hulton Jorgensen den Vorschlag gemacht, in jedem größeren Polizeipräsidium der Welt die Fingerabdrücke sämtlicher Verbrecher zu sammeln. Die meisten dieser Abdrücke könnten wohl zwischen den einzelnen Ländern ausgetauscht werden. Außerdem wäre es notwendig, solche Abdrücke auch telegraphisch zu übermitteln, damit man die Sammlung der Verbrechermuster als es vollkommen auf dem laufenden halten kann. Eine solche telegraphische Übermittlung bietet keine Schwierigkeiten, wenn es möglich geworden ist, bildliche und schriftliche Zeichen durch den Draht weiter zu geben. Gelingen die Anregungen des dänischen Kriminalisten auf fruchtbaren Boden, so wäre damit zweifellos ein großer Fortschritt in der Bekämpfung der internationalen Verbrecher gemacht.

— Milliardenjahre durch Mühlenbrand. Wie die Borsfelder Zeitung aus Halle meldet, ist in Einhausen durch Heißlaufen einer Welle die Geröllschleife Mühle mit angrenzenden Speichern und Wohngebäude niedergebrannt. Der Schaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

— 8000 Rentner Horn ins Meer geworfen. Die Waager Blätter bringen die Meldung, daß der aus Naga mit soljetruschischem Getreide ausgeladene Dampfer „Roskud“ auf eine Sandbank aufgelaufen sei. Es wurden Hilfsdampfer aus Windau und Libau angefordert, denen es gelungen war, nachdem 8000 Rentner Roggen ins Meer geworfen wurden, den Dampfer von der Sandbank zu ziehen. Das Getreide war für das Ruhrgebiet bestimmt.

— Betrügerischer Konturs. Hamburger Kakaofirmen sind um 3 Millionen betrogen worden. Sie haben bei der Altonaer Lager-

hausgesellschaft, die jetzt Konturs angemeldet hat, große Posten Kakao gekauft und bei der Firma auf Anruf lagern lassen. Als die Ware übernommen werden sollte, war sie verschwunden. Der Inhaber der Gesellschaft, Fischer, und der Prokurist sind geflohen.

— Mütter verzeihen ihre eigenen Kinder! Charakter und Odeffier Zeitungen teilen mit, daß im Nikolajewischen und Gersonischen Kreise, wo eben der Hunger wütet, sich ähnliche Fälle beobachten lassen wie an der Wolga. Es sind mehrere Fälle festgestellt, in denen Mütter ihre eigenen Kinder verzeihen, die kleinen erschlagen und das Menschenfleisch gefressen haben. Aus dem Gersonischen Gouvernment werden mehrere Fälle von Jagd auf Menschen gemeldet, wobei diese Erscheinungen nicht nur im Dorf, sondern auch in kleinen Kreisstädten beobachtet werden.

— Auf der Spur eines Verbrechens. Wie mitgeteilt, war vor einiger Zeit in den Wäldern am „Wilden Mann“ bei Dresden das Skelett einer unbekannten männlichen Person gefunden worden. Jetzt ist durch die Untersuchung der Polizei festgestellt worden, daß es sich bei dem Toten um den Volkskünstler Moser handelt, der vor 3 Jahren verschwand. Das Kind war am 20. April 1920 von einem noch unbekannten Radfahrer auf der Straße angefahren und dann ein Stück landeswärts mitgenommen worden. Von da an fehlte jede Spur von dem Schiller.

— Silberdiebstahl auf einem Sommerfest. Für 100 Millionen Tafelsilber erbeuteten Einbrecher bei dem Rittmeister von Gehden-Wiß auf Jarmen bei Demmin, bei dem sie unbemerkt den Speisesaal ausräumten. Nach den Ermittlungen der Landjäger sind die Täter drei Berliner, die, wie beobachtet wurde, in der Masse von Geschäftsreisenden mit einem Automobil in der dörigen Gegend umherfuhren. Zu gleicher Zeit wurde auch bei dem dirigierenden Arzte der Landesirrenanstalt in Neu-Kruppin eingebrochen. Vier Stahlscheiben ebenfalls für viele Millionen Tafelsilber mit dem Zeichen B. Z. Mehrere Gegenstände sind Andenken und Bildnisse, unter anderem von der dankbaren Bürgergesellschaft der Stadt Golba.

Eigene Logik. Oberlehrer: „Schmidt, was schließen Sie aus dem Satz: Die Titanen haben Berge verfertigt?“ — Schüler: „Daß es schon im Altertum Pfandhäuser gab.“

Telegramm!

Sonntag, den 10. Juni, trifft

Fräul. Puk

In Kamen ein. 1761

Haus

mit Nebengebäuden

oder größeren Hofraum im Mittelpunkt der Stadt.

Kamener Zeitung, G. m. b. H.

Kamen.

Lehrmädchen

für den Verkauf per sofort gesucht.

Spezialhaus für feineren Damenputz

Geschwister Boos

Dillstraße 29. 1764

Zu sofort oder später ein tüchtiges, wohlgepflegtes

Mädchen

für den Haushalt, für die Apotheke ein

Junge od. Mädchen

ge sucht. 1771

Arbeiter Rode.

Wegen Heirat des jetzigen

suche zum 1. Juli ein älteres

Mädchen

für Hausarbeit. 1765

Gasthof Eichermann

Kamen, Bahnhofstr. 37.

Versteigerung.

Im Auftrage des Herrn August Hiemer werde ich am Samstag, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle in Bergkamen, Hohenzollernstraße 19, folgende gut erhaltene Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung verkaufen: 1775

- 1 zweiflügl. Kleiderschrank,
- 1 Kommode,
- 1 eiserne Kinderbettstelle,
- 1 Sofa,
- 1 Tisch,
- 4 Stühle,
- 1 Regulator,
- 1 Sopfarnitur mit Bank,
- 1 Samantelstod,
- 1 Handtuchhalter,
- mehrere Einmachgläser,
- 1 Gehrock mit Zylinder,
- 1 schw. Herrenanzug,
- sowie mehrere andere Sachen.

J. Ebbers,

beideter Auktionator,

Kamen, Bahnhofstraße 47,

Fernruf 32.

Vereinshausrichten.

Kamen, 7. Juni. Der Turn- und Sportverein „Einigkeit“ hielt am Sonntag im Vereinslokal Kaufmann seine Monatsversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. Der 1. Vorsitzende wies nach der Eröffnung auf den Hauptpunkt der Versammlung, Familienausflug nach unserm Vereinsmitglied Karl Simon hin. Es wurde beschlossen, am 29. Juni den Ausflug stattfinden zu lassen. Gemeiniglich dieses Kaffeetrinken nebst Besichtigungen aller Art für Jung und Alt sollen stattfinden. Die Mitglieder wollen Geschenke für die Verlosung stiften. Eine Liste wird an alle Mitglieder umgehen, zur Einzeichnung für die Teilnahme an der Kaffeetafel. Weiter wurde noch an geregt, daß die Preise für die Verlosung bis zum 18. Juni beim 1. Vorsitzenden Herrn Schreiber, Ostermayer 15, abgegeben werden sollen. Für Getränke und Speisen wird unser Mitglied Herr Karl Simon bestens Sorge tragen. Die Abmarschzeit wird noch näher bekannt gegeben.

Sport.

Bergkamen, 7. Juni. (Turn- u. Sportverein Bergkamen.) Spiel u. Sport-Hamm 2:0. Zu einem Abendspiel stellte sich die Meisterschaft des Spiel- u. Sportvereins 09 e. V. Mannschaften des Turn- u. Sportvereins 09 e. V. Bergkamen-Weidingshofen am Samstag. Wie gesagt: Bergkamen trat mit 5 Erstklassen an, man sah aber trotzdem ein schönes Spiel. Die Hammerer spielten einen forschen Fußball, daß sie keinen Erfolg bringen konnten, lag an dem guten Verteidigerteam Bergkamens. Letzteres war während der ganzen Spielzeit sehr einseitig zu gestalten. Der Kampf um den Ball brachte beide Tore abwechselnd in Gefahr, doch arbeiteten beide Torhüter vorzüglich. Das Spiel zeigte verschiedene schöne Momente, so daß die Zuschauer voll auf ihre Kosten kamen. Die Spielweise der Bergkamener Spieler liebt unter Heberkombination; entschlossener, härteres Spiel mit bitterem Gebrauch der Schußkraft hätte ihr mehr als 2 Tore eingetragen. Schluß: 2:0 für Bergkamen, Eden 6:2 f. B. Der Schiedsrichter Noder, Kamen 13, gestiefelt.

Verkaufen.

L. G. in Kamen. Die Kosten einer 2-Zug-Flucht 3. Klasse Hamm-Bilhelmshaven betragen 17.200 Mark über Bremen und 14.800 Mark über Quakenbrück. Der ständig verändernden Verkehrsverhältnisse wegen sollen Sie die anderen Entfernungen am besten beim Verkehrsverein Wilhelmshaven beim der Badeverwaltung in Nordenney ein.

Wegen Instandsetzungsbauarbeiten wird die „Klosterstraße“ vom 7. Juni ab bis auf Weiteres gesperrt. 1768

Kamen, den 6. Juni 1923.

Die Polizei-Verwaltung.

Der Nachtrag zur Baugabehinordnung hängt im Bekanntmachungskasten des Rathauses aus. 1769

Kamen, den 1. Juni 1923.

Der Magistrat.

Anmeldungen

zu dem vom Kreise veranstalteten am 20. und 21. ds. Mts. nachmittags in Kamen stattfindenden Jugendhygienelehrgang im Volkshaus werden im Volkshausamt (Rathaus, Zimmer 1) bis zum 11. ds. Mts. gern entgegen genommen. 1770

Kamen, den 5. Juni 1923.

Stadthausfahrdienst.

Werdet Ansiedler!

Betreffs Zuteilung einer Siedlerstelle oder Adernahrung im Sinne des Reichsiedlergesetzes erteilt Auskunft heute, Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Reinhard, Kamen, Schützenhof. 1774 Reichsbund für Siedlung.

Schlafzimmer, Waschkommode mit Spiegel, Bettstellen, Kleiderschrank, Küche, Anrichte, Herd, Federbetten preisw. zu verk. 1773

F. Blume,

Schillstraße 5.

Zwei junge Leute suchen

Schlafstelle

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

2 anständige, junge Leute suchen 1772

Schlafstelle

gegen gute Bezahlung.

Dolle

Weißestraße.

2 junge Herren suchen 1760

möbl. Bimmer

mit Mittagessen od. voller Kost in ruhigem Hause oder Landwirtschaft. Nähe Weidingshofen. Näh. in der Geschäfts d. Kam. St.